

1,3 Billionen Euro für einen sechswöchigen Klima-Effekt

Welt, 03.10.2020, Björn Lomborg

Dem vom Menschen verursachten Klimawandel muss klug begegnet werden. Doch die EU-Pläne, die CO₂-Emissionen drastisch zu senken, besitzen genau diese Cleverness nicht. Sie sind sehr kostspielig und werden wenig erreichen – wie der 0,004-Grad-Effekt zeigt.

Die Europäische Union möchte als weltweit führend im Bereich des Klimaschutzes gesehen werden. Deshalb hatte sie bereits bei den Pariser Klimaverhandlungen im Jahr 2015 eine stärkere Reduzierung der Schadstoffemissionen versprochen als jedes andere Land.

Aufgrund des ständig zunehmenden Klimaalarms und der Jugendproteste will die EU nun ihr Versprechen, die Emissionen im Vergleich zum Jahr 1990 um 40 Prozent zu senken, auf 55 Prozent bis 2030 erhöhen. Leider ist das ein enorm kostspieliger Weg, um sehr wenig zu erreichen.

Der Klimawandel ist ein reales, vom Menschen verursachtes Problem, das vernünftig angepackt werden sollte. Oft werden die Auswirkungen jedoch dramatisch übertrieben. Der UN-Klimarat schätzt, dass die negativen Auswirkungen des Klimawandels einer Verringerung des Durchschnittseinkommens um 0,2 bis 2 Prozent in den 2070er-Jahren entsprechen werden. Die UN schätzt, dass bis dahin das weltweite Durchschnittseinkommen um 363 Prozent gestiegen sein wird. Aufgrund des Klimawandels steigen die Einkommen somit um 356 Prozent. Das ist eindeutig ein Problem, aber kein Armageddon.

Oft wird vergessen, dass die Klimapolitik auch Kosten verursacht, da sie die Volkswirtschaften zwingt, teurere und weniger zuverlässige Energie zu verwenden. Der jüngste Bericht des UN-Klimarats zu 128 analysierten Klimastrategien zeigt, dass alle reale Kosten beinhalten, die teilweise mehr als 14 Prozent des Bruttoinlandsprodukts über das Jahrhundert hindurch betragen. Studien zeigen beispielsweise, wie die Klimaversprechen der EU die Großhandelspreise für Strom in nur einem Jahrzehnt vervierfachen werden.

Daher sollte bei jeder rationalen Diskussion darüber nachgedacht werden, ob der zusätzliche globale Nutzen für das Klima die zusätzlichen Klimakosten der EU aufwiegt.

Im Laufe der nächsten drei Jahrzehnte wird das neue EU-Ziel, die Emissionen um nunmehr 55 Prozent zu senken, weitere 12,7 Milliarden Tonnen CO₂ oder deren Äquivalente einsparen. Nach einem der UN-Standardklimamodelle berechnet, wird dadurch die globale Temperatur bis zum Ende des Jahrhunderts um kaum messbare 0,004 Grad Celsius gesenkt. Da die Temperatur bis dahin trotzdem steigen wird, ist das Ergebnis der verstärkten Klimapolitik der EU gleichbedeutend mit einer Verschiebung der globalen Erwärmung um sechs Wochen im Jahr 2100. Die Temperatur, die die Welt am 1. Januar 2100 erreicht hätte, wird nun am 11. Februar erreicht.

Darüber hinaus ist ein Großteil der Emissionsreduzierung wahrscheinlich fiktiv, da es etwa zwei Drittel der CO₂-Emissionen wahrscheinlich dennoch geben wird. Diese werden allerdings außerhalb der EU ausgestoßen werden (sogenanntes „Carbon Leakage“). Das bedeutet, dass die reale Temperatursenkung 0,0017 Grad Celsius betragen wird, wodurch sich die globale Erwärmung um etwas mehr als zwei Wochen verschiebt.

Es muss der EU zugute gehalten werden, dass sie stets eigene Kostenschätzungen für ihre Klimapolitik vorgenommen hat. Leider ergaben diese Schätzungen regelmäßig sehr niedrige Werte, was durch die Auswahl der optimistischsten Modelle erreicht wurde.

Akademische Studien zeigen, dass die tatsächlichen Kosten der Klimapolitik im Jahr 2020 viermal so hoch sind wie die optimistische EU-Schätzung, und die tatsächlichen Kosten für die ursprünglich angestrebten 40 Prozent bis 2030 sind dreimal so hoch.

Mit einem weiteren optimistischen Modell schätzt die EU nun, dass die neue 55-prozentige Reduzierung bis 2030 zusätzliche 0,39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts kosten wird.

27 Euro pro Tonne CO₂

Geht man davon aus, dass die Kosten mit der zusätzlichen Reduzierung über drei Jahrzehnte steigen werden, wird der hinzukommende wirtschaftliche Verlust für die EU-Volkswirtschaften mindestens 1,3 Billionen Euro betragen.

Wenn die EU die Kosten wie bisher heruntergespielt hat, ist es wahrscheinlicher, dass sich die Gesamtkosten auf etwa vier bis fünf Billionen Euro belaufen werden. Zum Vergleich: Die EU schätzt den Verlust durch Covid-19 für das Jahr 2020 auf 8,3 Prozent der Wirtschaftsleistung oder 1,4 Billionen Euro. Der Konjunkturfonds für die EU beläuft sich auf zusätzliche 750 Milliarden Euro.

Es ist daher wahrscheinlich, dass die Gesamtkosten der Covid-Krise und des Konjunkturpakets geringer sind als die zusätzlichen Kosten der verschärften Klimapolitik der EU.

Berechnet auf der Grundlage von neun Schadensprofilen und den fünf Politikszenerarien der UN beträgt der durchschnittliche Schaden von einer Tonne CO₂, die im Jahr 2030 ausgestoßen wird, 27 Euro. Insgesamt wird die EU somit der Welt einen Klimavorteil von etwa 0,3 Billionen Euro bringen. Das ist großartig. Dafür aber 1,3 bis 5 Billionen Euro auszugeben, macht es zu einem eklatant schlechten Geschäft.

Das bedeutet nicht, dass die EU nichts unternehmen sollte. Sie sollte nur cleverer handeln. Das Grundproblem der Klimapolitik ist, dass die Umstellung auf Null-Kohlenstoff derzeit teuer ist. Reiche, wohlmeinende Europäer mögen sich ein wenig leisten können, aber global wird sich wenig ändern. Wir müssen uns stattdessen darauf konzentrieren, drastisch mehr in die Forschung und Entwicklung für kohlenstoffarme Technologien zu investieren.

Wenn wir dafür sorgen können, dass der Preis künftiger grüner Energie unterhalb der Preise für fossile Brennstoffe liegt, werden alle umsteigen, nicht nur in Europa, sondern auch in China, Indien und Afrika. Das würde deutlich weniger kosten und im Laufe des Jahrhunderts dazu beitragen, das Klima viel stärker zu verbessern.

Der Temperaturvorteil der 55-Prozent-Politik der EU wird selbst am Ende des Jahrhunderts kaum messbar sein. Dennoch wird sie die Europäer in den kommenden Jahrzehnten teuer zu stehen kommen. Die verstärkten Klimaziele der EU werden wahrscheinlich mehr wirtschaftliche Härten mit sich bringen als die gesamten Auswirkungen von Covid-19.

Europa muss dringend über seine Klimapolitik reden. Wir sollten nicht als die Generation in Erinnerung bleiben, die die Temperaturen um weniger als ein Hundertstel Grad für Billionen von Euro gesenkt hat. Stattdessen sollte man sich an uns als die Generation erinnern, die eine verschwenderische Klimapolitik beendete und eine intelligentere, günstigere und effektivere grüne Forschung vorantrieb.

Dr. Björn Lomborg ist Präsident des Copenhagen Consensus Centers und Visiting Fellow an der Hoover Institution, Stanford University. Sein neues Buch ist „False Alarm: How Climate Change Panic Costs Us Trillions, Hurts the Poor, and Fails to Fix the Planet“.

Aus dem Englischen übersetzt von Andrea Böll.